

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 DB  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB  
stellt Fragen zur Affäre  
Barzel: Auch ein Fall  
Kohl? Seite 1

Karl Weinhofer MdB, Mit-  
glied im Ausschuß für Ar-  
beit und Sozialordnung  
des Deutschen Bundesta-  
ges, fordert Maßnahmen  
zur Eindämmung der Kos-  
tenexplosion im Gesund-  
heitswesen: Pharmaindu-  
strie manipuliert.  
Seite 3

Jürgen Büssow MdL, Medien-  
politischer Sprecher der  
SPD-Fraktion im Landtag  
von Nordrhein-Westfalen,  
weist die Unions-Versuche  
zurück, die öffentlich-  
rechtlichen Strukturen  
des Rundfunksystems aufzu-  
weichen: Wider die medien-  
politische Kleinstaaterei.  
Seite 5

Hedda Jungfer MdL verur-  
teilt die geplante Redu-  
zierung der Förderquoten  
für Jugendprojekte in  
Bayern: Eine Maßnahme ge-  
gen arbeitslose junge  
Menschen. Seite 6

39. Jahrgang / 202

18. Oktober 1984

Schlimmer als Watergate?

-----  
Ist der Fall Barzel nicht zuletzt ein Fall Kohl?

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Es ist keine Frage, daß spätestens dann, wenn Rainer Barzel vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß und in der Öffentlichkeit die bisher bekanntgewordenen Vorgänge nicht widerlegen kann, er sein Amt als Bundestagspräsident quittieren muß. Ein Verbleiben in diesem Amt würde dem gesamten Parlament schweren Schaden zufügen.

Es scheint jedoch, daß es der CDU-Führung aber auch bei definitiver Bestätigung der Vorgänge schwer fällt, Barzel zum Rücktritt zu bewegen. Stellungnahmen der letzten Tage deuten darauf hin, daß diese mehr sind als übliche Solidaritätsbekenntnisse vor dem unvermeidlichen Abtritt. Dafür gäbe es dann allerdings einen durchaus offenkundigen Grund: Daß der Fall Barzel nicht zuletzt ein Fall Kohl und der ganze Vorgang mehr als ein persönliches Problem Barzels ist.

Wir vernehmen, daß Biedenkopf die spätere Honorierung des scheidenden CDU-Vorsitzenden Barzel eingefädelt habe. Mit Biedenkopf als neuem CDU-Generalsekretär trat dann wenige Wochen später Kohl als CDU-Vorsitzender an. Die Frage stellt sich also unmittelbar, wie sehr Kohl bei dem gesamten Vorgang seine Hand mit im Spiel gehabt hat.

Dies wäre dann ein erheblicher Hinweis darauf, wie mit einschlägiger Hilfe des Hauses Flick eine langfristige Strategie zum Regierungswechsel eingeleitet wurde, für die Kohl die politische und Flick die wirtschaftliche Schlüsselfigur im Hintergrund war. Gleichzeitig stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was Pressemeldungen bedeuten, wonach ein Vermerk Brauchitschs an seinen Konzernchef Flick lautet: "Ich beabsichtige dann, Kohl und Gaddum in gleicher Weise auszustatten, wie inzwischen die anderen Herren in Bonn."



Kohl verfocht seinerzeit sehr frühzeitig, im Gegensatz zu Barzel und später im Gegensatz zu Strauß, die Rückeroberung der Regierungsmacht für die CDU/CSU durch eine Rückgewinnung der FDP. Als 1969 die sozialliberale Koalition in Bonn begann und die CDU die FDP zur Strafe aus allen Parlamenten katapultieren wollte, holte sich Kohl den FDP-Mann Friderichs als Staatssekretär in seine Landesregierung, obwohl die FDP nicht mehr im rheinland-pfälzischen Landtag vertreten war. Friderichs wurde zum ständigen Vertreter der FDP bei Kohl. Es war derselbe Friderichs, der nach der Wahl 1972 von der FDP als Bundeswirtschaftsminister benannt wurde, sodann in dieser Rolle den wirtschaftsliberalen Flügel der FDP neu aufbaute und zum Ansprechpartner der wirtschaftlichen Interessenverbände in der Bundesregierung wurde und der jetzt wegen seiner Rolle bei der Flicksteuerbefreiung zusammen mit seinem Amtsnachfolger Lambsdorff unter Anklage steht.

Wie sehr sich der Flick-Konzern parallel zu seinen Bemühungen um Steuerbefreiungen um die unmittelbare Ausstattung von Politikern aus den Reihen von CDU und FDP sorgte, zeigt ja auch das schon lange bekannte Anstellungsverhältnis Möllemanns als Direktionsassistent bei Flick für ein Jahresgehalt von 60.000 DM Ende der 70er Jahre, ohne das von einer entsprechenden Berufsleistung für dieses Entgelt zu hören war. Vielleicht war es eher ein Entgelt für Bemühungen, die FDP in die Wende-koalition führen zu helfen?

Es scheint jedenfalls so, daß Flick nicht allein wegen seiner eigenen Steuerangelegenheiten politisch tätig wurde, sondern daß der Konzern in Person von Brauchitschs sogar in der Personalpolitik von CDU und FDP mitmischte. Das Puzzle einzelner Vorgänge könnte alsbald das Bild zum Vorschein kommen lassen, in dem in einem Dreibandspiel von CDU-Führung um Kohl, FDP-Führung um Genscher, Friderichs, Lambsdorff und Möllemann und dem Flick-Konzern der Regierungswechsel vorbereitet wurde - und dabei Flick dann ins Spiel kam, wenn das reinpolitische nicht mehr ausreichte.

Bundestagspräsident Barzel wäre eher eine geschobene Figur in diesem Spiel, von dem andere sehr viel mehr wissen. Der Hintergrund der Ereignisse deutet auf Geschehnisse hin, die dann schlimmer wären als Watergate. In der Watergate-Affäre Nixons ging es um Bespitzelung, in der "Kohl'schen Affäre" ginge es um ein Zusammenspiel von wirtschaftlicher Macht und Parteiführungen mit persönlichen Transferzahlungen zur Nachhilfe, bei der es sich um nicht weniger als um einen Regierungswechsel in einem demokratischen Verfassungsstaat dreht. (-/18.10.1984/ks/rs)

+ + +



**Pharmaindustrie manipuliert Ärzte, Patienten und Krankenkassen**  
-----

**Wir fordern Maßnahmen zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen**

**Von Karl Weinhofer MdB**

**Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages**

Ein Defizit von 3,4 Milliarden DM wird für 1984 im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung in Blüms eigenem Haus geschätzt.

Die neuesten Zahlen zeigen eine seit dem dritten Quartal 1983 sich von Quartal zu Quartal beschleunigende Steigerung der Ausgaben bei gleichzeitigem Rückgang der Grundlohnentwicklung. Schon im ersten Quartal 1984 stiegen die Ausgaben um durchschnittlich 6,3 Prozent, die Grundlöhne dagegen nur um 3,7 Prozent. Im zweiten Quartal setzte sich dieser Anstieg fort: Die Ausgaben kletterten auf 9,8 Prozent, während die Grundlöhne nur ein Plus von 2,3 Prozent zu verzeichnen hatten.

Schaut man sich die Leistungen im einzelnen an, so fällt auf, daß die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel am kräftigsten stiegen: um 11,6 Prozent im ersten und um 16,8 Prozent im zweiten Quartal 1984. Das gängige Argument, es liege ausschließlich an der Verschreibungspraxis der Ärzte, trifft nicht mehr zu. Nachweislich haben die Ärzte in den letzten Jahren weniger Rezepte ausgestellt und weniger Arzneimittel verordnet als zuvor.

Die Erklärung für diesen Kostenschub: die Pharmakonzerne haben nicht nur viele neue, sondern vor allem teurere Arzneimittel auf den Markt gebracht. Zugleich wurden die Darreichungsformen teurer und die Packungen größer. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Ärzte, die zwar weniger, dafür aber teurere Arzneimittel verschreiben.

Zurückzuführen ist dieser Zusammenhang auf das aggressive Informations- und Werbegebahren der Pharmaindustrie. Selbst die kassenärztlichen Vereinigungen beklagen, daß der Einfluß ihres Marketings bis in die ärztliche Fortbildung hineinreicht. Kein Wunder: hier werden jährlich Milliarden für Werbung verschleudert. Das kann nicht ohne Auswirkung auf die Preise bleiben. Es werden fast 30 Prozent der Ausgaben der Pharmaindustrie in die Bereiche Verkauf/Werbung/Information gesteckt, während für Forschung und Entwicklung gerade noch zwölf Prozent ausgegeben werden. Diese Preistreiberei wird in der Bundesrepublik schamlos betrieben, weil ihr von Seiten der Bundesregierung keinerlei Schranken entgegengesetzt werden. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß Arzneimittel von deutschen Herstellern in der Bundesrepublik Deutschland mit Preisaufschlägen von bis zu über 900 Prozent gegenüber anderen europäischen Ländern verkauft werden.

Professor Häußler, Stuttgart, zeigte in einem Gutachten auf, daß bei der Analyse der 50 wertmäßig führenden Arzneimittel, die 1981 zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherungen verordnet wurden, ausschließlich die produktorientierte Information der Pharmaindustrie vorherrscht.



Diese 50 Arzneimittel wurden ungefähr 124-millionenmal verordnet und kosteten 3.565,8 Millionen DM. Selbst unter diesen 50 Arzneimitteln sind sechs nicht sinnvolle Kombinationsarzneimittel, während bei zehn anderen Arzneimitteln die Wirksamkeit als zweifelhaft bewertet werden muß.

Ersetzt man von den 50 führenden Arzneimitteln diejenigen, für die ein billigeres, gleichwertiges Arzneimittel auf dem Markt ist, erreicht man eine Kosteneinsparung von 1.356,5 Millionen DM oder 38 Prozent. Verzichtet man auf die als zweifelhaft gewerteten Pillen, Säfte, Spritzen und Salben, so spart man noch einmal 479,7 Millionen DM oder 13 von Hundert.

Insgesamt ergäbe sich an diesem konkreten Beispiel ein Einsparungsvolumen von 51 Prozent. Um dies durchzusetzen, ist politisches Handeln notwendig, bei dem der Patient als Verbraucher und als Versicherter berücksichtigt wird. Aber im Hause Blüm antichambriert eher die Lobby der preistreibenden Pharmaindustrie. Blüms Maßnahmen zur Kostendämpfung beschränken sich darauf, dem Beitragszahler über sogenannte Selbstbeteiligung die Kosten doppelt aufzubürden. Dabei haben alle Analysen der Auswirkungen einer solchen Politik im nachhinein ergeben, daß dadurch nur neue Finanzierungsspielräume geschaffen werden, die die Leistungserbringer (sprich die Pharmakonzerne) preispolitisch ausnutzen.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

- Erforderlich ist eine gesetzliche Rahmenregelung für eine Selbstverwaltungslösung, wonach die Pharma-Hersteller die Preise mit den Krankenkassen auszuhandeln haben.
- Es muß ferner die Möglichkeit geschaffen werden, für therapeutisch nicht sinnvolle Kombinationen von Arzneimitteln mit zweifelhafter Wirksamkeit den Marktzugang zu versperren.
- Die Ärzte müssen eine regelmäßige, umfassende Information über preiswerte Verordnungsmöglichkeiten mit vergleichenden Bewertungen erhalten, bei der der Zugang für bloße Pharma-Werbung auszuschalten ist.
- Schließlich ist aus der erwiesenen Kontraproduktivität der sogenannten Eigenbeteiligung bei medizinischen Leistungen die Konsequenz zu ziehen, diese baldmöglichst rückgängig zu machen.

(-/18.10.1984/ks/rs)

+ + +



Wider die medienpolitische Kleinstateerei  
-----

Die SPD widersetzt sich den Unions-Versuchen, die öffentlich-rechtlichen Strukturen des Rundfunks aufzuweichen

Von Jürgen Büssow MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Der Versuch eines neuen WDR-Gesetzes ist der erste Versuch, die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in konkrete Gesetzesform zu bringen. Außerdem wird damit den öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten die Teilnahme an der technischen Entwicklung, zum Beispiel Satelliten-Fernsehen ermöglicht. Die polemisierende Kritik von CDU und Zeitungsverlegerverbänden hingegen stellt dies in Frage.

Der Verband rheinisch-westfälischer Zeitungsverleger sah durch Gespräche zwischen dem WDR und der Zeitungsgruppe WAZ die Pressefreiheit in Nordrhein-Westfalen bedroht. Die Pressefreiheit ist offensichtlich dann nicht gefährdet, wenn mehr als 160 Tageszeitungs-Verleger sich zu einem Kartell zusammenschließen, um auf ECS I ein gemeinsames Verleger-Programm abzustrahlen. Außerdem wird die Kooperation zwischen Süddeutschem Rundfunk und örtlichen Zeitungsverlegern in Freiburg und Ulm offensichtlich ebenso wenig vom Verlegerverband kritisiert, wie Kooperationen zwischen ZDF und EPF im Kabelprojekt Ludwigshafen.

Die Kritik wird noch unglaubwürdiger, wenn der rheinisch-westfälische Verlegerverband sich beklagt, kein Gesprächsangebot vom WDR erhalten zu haben, andererseits aber die Beteiligung der Bertelsmann-Verlagsgruppe an APF-Nachrichtensendungen verhindert. Das Gespräch mit den Verlegern über Beteiligungen und Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird gewiß leichter, wenn die Verleger selbst innere Pressefreiheit und Meinungspluralismus in den Zeitungen durch Redaktionsstatute garantieren würden. Bisher jedoch hat kein einziger nordrhein-westfälischer Verleger publizistische Mitbestimmung für Redakteure eingeführt.

Es fällt auf, daß die CDU-Opposition in Nordrhein-Westfalen über kein ernsthaftes medienpolitisches Konzept verfügt, das ein Beitrag zur medienpolitischen Debatte in der Bundesrepublik wäre. Die Ankündigung, ein Hearing zum WDR-Gesetz zu veranstalten, ist der verzweifelte Versuch, sich rundfunkpolitisch ins Gespräch zu bringen. Denn es entspricht ohnehin parlamentarischem Brauch, vor jeder Gesetzesänderung sach- und fachkundige Verbände und Personen anzuhören.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis zum 19. Oktober in Bremerhaven steht ein Vorschlag von Lothar Späth zur Diskussion, wonach der WDR bei Werbesendungen im Hörfunkprogramm auf 32 Minuten pro Tag, wie beim NDR, festgelegt werden soll. Die Einführung von Hörfunk-Werbung kann jedoch kein Verhandlungsgegenstand der Ministerpräsidentenkonferenz sein. Ebenso kann sie auch nicht über eine eventuelle Werbung im 3. Fernsehprogramm des WDR entscheiden. Eine solche staatsvertragliche Regelung kann nicht die Zustimmung des Parlaments erhalten.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen ist sicher, daß Ministerpräsident Johannes Rau das Interesse der größten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Bundesrepublik Deutschland angemessen vertreten wird. Die Sozialdemokraten werden dabei keineswegs einer medienpolitischen Kleinstateerei das Wort reden, wie sie von der Union offenbar in Kauf genommen wird. Ich beziehe mich dabei auf jüngste Äußerungen von Unions-Politikern. So hatte Edmund Stoiber drei Tage vor der Ministerpräsidentenkonferenz festgestellt, die Union sei nicht willens, sich bei der medienpolitischen Entwicklung hemmen zu lassen. Wenn die SPD nicht mitziehe, so war aus Unions-Reihen zu hören, würden die CDU-regierten Länder ein eigenes medienpolitisches Konzept verwirklichen.

(-/18.10.1984/ks/rs)

+ + +



Zu Lasten arbeitsloser junger Menschen  
-----

Bayern will die Förderung von sozialen Jugendprojekten reduzieren

Von Hedda Jungfer MdL

Die Massenarbeitslosigkeit, vor allem auch bei Jugendlichen, hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß auch an vielen Orten in Bayern von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe neue Projekte gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit ins Leben gerufen worden sind. Eine kontinuierliche und langfristig angelegte sozialpädagogische Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen ist jedoch nur denkbar, wenn Kommunen, Landkreise und der Freistaat Bayern mit einer öffentlichen Finanzierung die Aktivitäten der Projektträger unterstützen. Bisher geschah dies über das bayerische Sozialministerium in der Form, daß mit einer Förderungsquote bis zu 90 Prozent der Personal- und Maßnahmekosten den freien Trägern ihre sozialpädagogische Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen ermöglicht wurde. Dies soll nach dem Willen des Finanzministeriums nun anders werden: Danach wird ab 1985 die staatliche Förderungsquote stufenweise reduziert, und zwar von 90 Prozent im Jahre 1984 auf 60 Prozent im Jahre 1987.

Diese schrittweise Reduzierung der Förderungsquote wird zu einem schleichenden Projektsterben in Bayern führen. In einem Dringlichkeitsantrag hat deshalb die SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung aufgefordert, Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihre Folgen auch weiterhin mit bis zu 90 Prozent der Kosten zu fördern, zumindest solange wie das Problem des Arbeitsplatzmangels in Bayern nicht beseitigt werden konnte. Andernfalls ist in den nächsten drei Jahren bei Projekten gegen die Jugendarbeitslosigkeit mit ernsthaften Finanzierungsschwierigkeiten zu rechnen. Betroffen sind vor allem die kleineren Städte und Landkreise, und hier wieder besonders die strukturschwachen Regionen, die auf die staatliche Höchstförderung dringend angewiesen sind, wenn sie ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten wollen. Im Unterschied zu den Großstädten, wo über den kommunalen Haushalt eine breitere Finanzierungsbasis für diese Arbeit bereits ausgewiesen ist, sehen sich die Kommunen und Landkreise in den strukturschwachen Gebieten in der Regel nicht in der Lage, die laufenden Kosten der Projektarbeit mitzutragen.

Die SPD-Fraktion wird deshalb darauf drängen, daß zumindest der Freistaat Bayern seine Finanzierungshilfen nicht reduziert. Eine Auseinandersetzung zwischen Land und Kommunen um die Finanzierung der Projektarbeit darf nicht auf dem Rücken der Projektträger ausgefochten werden. Die Tatsache, daß viele Kommunen und Landkreise nicht in der Lage sind, Maßnahmen dieser Art aus dem eigenen Haushalt zu unterstützen, macht es erforderlich, daß der Freistaat weiterhin mit bis zu 90 Prozent der Kosten die Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fördert. Ein Teiltrückzug des Freistaates aus der Verantwortung jetzt, macht überhaupt keinen Sinn. Denn er würde bedeuten, daß viele laufende Projekte, die man aus gutem Grund bisher noch gefördert hat, aus finanziellen Gründen eingestellt werden müßten. Und das wäre fast ein Schuldbürgerstreich.

(-/18.10.1984/ks/rs)

+ + +

